



STOPPP!

Deine Stimme gegen Gewalt im ÖPNV!

Petition Jens Gröger,

Landesfachbereichsleiter Verkehr in Berlin-Brandenburg.



Verkehr

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Mehr Sicherheit in Bus und Bahn. Die zunehmende Gewalt im Nahverkehr dürfen wir nicht hinnehmen.

Deshalb fordern wir, dass diese Angriffe nicht mehr als harmlose Delikte abgetan, sondern als Verbrechen mit strafrechtlichen Konsequenzen bewertet werden.

„Wir brauchen viele Unterstützer. Toll wäre, wenn wir 50.000 Mitzeichner gewinnen, dann muss der Bundestag unser Anliegen sogar öffentlich debattieren“, erklärt Jens Gröger. Der ver.di-Landesfachbereichsleiter Verkehr Berlin-Brandenburg ist Initiator einer Online-Petition beim Deutschen Bundestag mit dem Ziel, Gewalttaten im öffentlichen Nahverkehr stärker zu ahnden. Hintergrund sind Fälle wie dieser: Sabine K., Busfahrerin aus Berlin und Opfer eines schweren Übergriffs an ihrem Arbeitsplatz, beschreibt ihre Furcht: „Man traut sich kaum noch, den Fahrschein zu kontrollieren.“ Allein bei den Berliner Verkehrsbetrieben wurden in den letzten sechs Jahren über 3.500 tätliche Angriffe auf Busfahrerinnen und Busfahrer registriert. Pöbeln, Schimpfen, Spucken gelten dabei als leichte Attacken. Doch am Tatort Arbeitsplatz kommen auch Fäuste, Flaschen, Messer und sogar Schusswaffen zum Einsatz. Besonders dreiste Täter filmen das „Busfahrerklatschen“ per Handy, um später damit zu protzen. Doch Gewalt im Nahverkehr ist beileibe nicht nur ein hauptstädtisches Problem. Sie ist auch nicht auf das Personal hinter dem Steuer beschränkt, der Aufsehen erregende Fall in der Münchner S-Bahn belegte das erneut. Bundesweit gab es 2008 tausende Delikte im öffentlichen Personennahverkehr. Sofern die Täter überhaupt gefasst werden, kommen sie oft mit geringen Strafen davon.

Der ver.di-Fachbereich Verkehr will das ändern und vielerorts Handlungspakete für mehr Sicherheit schnüren. Dazu gehört die Initiative beim Deutschen Bundestag. Attacken auf Buslenker oder Fahrgäste „schaden nicht nur dem einzelnen Opfer, sondern schränken die mobile Freiheit aller im ÖPNV und Nahverkehr ein. Sie dürfen kein ‚Kavaliersdelikt‘ bleiben“, meint Jens Gröger. Während Eingriffe in den Straßen- oder Schienenverkehr seit jeher im Strafgesetzbuch gesondert erfasst und mit besonderem Strafmaß belegt sind, gilt das für den ÖPNV bislang nicht. Übergriffe auf Fahrpersonal oder Fahrgäste sind bloße Antrags-, keine Officialdelikte. Das heißt: Geschädigte müssen ihre Peiniger selbst anzeigen; Taten werden als Vergehen, nicht als Verbrechen geahndet. „Den Realitäten entspricht das nicht. Das Parlament muss Abhilfe schaffen“, so der Gewerkschafter.

The screenshot shows the website 'Deutscher Bundestag: Petitionen' with the URL 'https://epetitionen.bundestag.de/index.php'. The page features a navigation menu with options like 'Der Bundestag', 'Dokumente & Recherche', 'Presse', 'Kultur & Geschichte', 'Besuchen Sie uns', and 'Service'. A search bar is also present. The main content area is titled 'Ganz einfach online: Unsere Petition unterstützen' and lists four steps: 1. Internetseite aufrufen, 2. Unsere Petition finden, 3. Liste der Mitzeichner, and 4. Mitzeichnen. A fifth step, 'Bestätigung Ihrer Mitzeichnung', is partially visible. The left sidebar contains a list of navigation options, with 'Petitionen' and 'Öffentliche Petitionen' highlighted.

Jetzt unsere Petition unterstützen und online mitzeichnen!



Verkehr

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft